

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Für eine Welt ohne Krieg und Gewalt.



Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen der Zweite Weltkrieg. Er kostete über 60 Millionen Menschen das Leben, große Teile Europas lagen in Schutt und Asche. Auch jenseits unseres Kontinents wütete der Krieg.

Am 6. August 1945 warfen US-Streitkräfte eine Atombombe auf Hiroshima, drei Tage später auf Nagasaki. Es ist das erste und bis heute letzte Mal, dass die vernichtende Wirkung von Atombomben eingesetzt wurde. Die Folgen dauern bis heute an.

Völlig unverantwortlich wird heute wieder mit dem Einsatz von Atombomben gedroht. Wir bleiben dabei und fordern: Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Und wir stellen uns gegen die aktuelle nationale wie europäische Politik:

Gegen die verbale wie faktische Militarisierung unserer Gesellschaft, gegen stete soziale Spaltung und massive Aufrüstung, gegen den Abbau des Sozialstaates.

Wir fordern: Verständigung, Diplomatie, Entspannungspolitik und Abrüstung.

Politisch Verantwortliche sind gefordert, dies anzugehen und Alternativen zu Aufrüstung, Krieg und Zerstörung umzusetzen. Alle müssen Frieden neu denken!

Gemeinsam treten wir ein für:

- Ein Ende der Kriege in der Ukraine, in Gaza, im Iran, im Sudan und anderen Konfliktregionen. Wir verurteilen Kriegsverbrechen wie Aushungern von Zivilistinnen und Zivilisten, sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe und Folter.
- Soziale Gerechtigkeit, für gute Bildung und eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge bei Gesundheit und Pflege sowie Zukunftsinvestitionen. Unser Steuergeld darf nicht in Milliardenhöhe für Rüstung und Kriegsvorbereitung verschleudert werden.
- Eine entschiedene Ablehnung jeglicher Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland.
- Ein klares Nein zur Rückkehr der allgemeinen Wehrpflicht, ein klares Nein zur zunehmenden Präsenz der Bundeswehr für Nachwuchswerbung an Schulen und Universitäten.
- Die Verpflichtungen der Atommächte, die sich aus dem Atomwaffensperrvertrag ergeben. Diese sind endlich zu erfüllen. Deutschland muss den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unterzeichnen.
- Ein Deutschland und ein Europa, die sich zur friedens- und sicherheitspolitischen Verantwortung bekennen und sich gemeinsam für die Verteidigung der Demokratie und sozialen Fortschritt stark machen.

Kundgebung am Dienstag, 01. September 2026

Start um 16.30 Uhr auf der Treppe am Rathaus Kassel:

Begrüßung und Moderation:

Jenny Huschke (Vorsitzende DGB KV Kassel)

Redebeiträge:

- Carsten Bätzold (Kasseler Friedensforum)
- Vertreter*in Initiative „Kürzen nicht mit uns!“ (Freya Pilardi und Vertreter*in Initiative pro Zivilklausel Uni Kassel)
- Vertreter*in der DGB-Jugend (N.N.)

17.00 Uhr Demonstration in Richtung Mahnmal für die Opfer des Faschismus Kassel

17.30 Uhr Abschluss am Mahnmal

- Rede mit geschichtlicher Perspektive: Ulrich Schneider (VVN-BdA)
- Vortrag einer Kasseler Biografie des Widerstandes: Rolf Weckeck

Ende gegen 18.00 Uhr

Hinweis: Kasseler Initiativen wie „Kürzen nicht mit uns!“ u.a. laden im Anschluss an die Veranstaltung zum Antikriegstag, also von ca. 18.00 bis 20.00 Uhr, nahe der Abschlusskundgebung am Mahnmal zu einem gemeinsamen Ausklang ein, der gemeinsam gestaltet werden und zum Austausch einladen soll. Dazu laden sie alle nichtfaschistischen Organisationen ein, sich zu beteiligen. Bringt gerne alles mit, um einen Infostand aufzubauen, sowie nach Möglichkeit sehr gerne auch ein paar Picknickdecken, Bierbänke, Essen und Getränke (ggf. gegen Spende) oder auch Bluetooth-Boxen für Musik. Die Veranstaltung ist angemeldet. Die Initiator*innen wie Kürzen nicht mit uns und die ver.di-Jugend Nordhessen freuen sich über breite Beteiligung.

Veranstalter*innen [von 16.30 Uhr bis 18.00 Uhr]:

DGB Kreisverband Kassel
Kasseler Friedensforum
NaturFreunde Kassel
VVN-BdA Kreisvereinigung Kassel

